

UNITED FOR A JUST FUTURE

IndustriALL Global Union 3rd Congress
14-15 September 2021

Solidarität mit dem Kampf für Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit in Korea

Die südkoreanische Regierung untergräbt mit dem Vorwand der Pandemiebekämpfung die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, in der berechnenden Annahme, dass sie durch die Ratifizierung der IAO-Übereinkommen 87, 98 (Vereinigungsfreiheit) und 29 (Zwangsarbeit), die im Jahr 2022 in Kraft treten werden, der internationalen Aufmerksamkeit entgangen ist.

Der Präsident des südkoreanischen Gewerkschaftsbundes (KCTU), Kyeong-soo YANG, wurde am 2. September 2021 im Morgengrauen bei einer Razzia in der Gewerkschaftszentrale gewaltsam festgenommen, wobei mehr als 2000 Polizisten (41 Staffeln) das Gebäude umstellten. Präsident YANG, ein Automobilarbeiter und Mitglied der südkoreanischen Metallarbeitergewerkschaft (KMWU), wurde in eine Haftanstalt in Seoul überführt.

Der Haftbefehl wurde nach einer Kundgebung am 3. Juli ausgestellt, bei der die Regierung aufgefordert wurde, die durch die Pandemie verschärfte Ungleichheit zu bekämpfen und dringende Arbeitsschutzmassnahmen zu ergreifen. Die staatlichen Präventionsvorschriften, z.B. das Tragen von Masken, Abstandhalten und Temperaturkontrollen, wurden von den Teilnehmenden sorgfältig befolgt.

Die Behörden leiteten eine breit angelegte Untersuchung gegen die Führungskräfte und Mitglieder der Gewerkschaft ein, um die Versammlung zum Sündenbock für die vierte Corona-Welle abzustempeln. Laut den Ergebnissen der Kontaktverfolgung durch die südkoreanischen Zentren für Krankheitskontrolle und -prävention hatte diese Kundgebung keinen positiven Covid-19-Fall zur Folge. Wie die zivilgesellschaftlichen Organisationen Koreas signalisieren, hat die Regierung Anfang Juli zugelassen, dass Tausende von Menschen in Baseballstadien, zu Fußballspielen und sogar Hallenkonzerten zusammenströmten; lediglich Kundgebungen wurden wegen der Verbreitung von Infektionskrankheiten verboten.

Auch in den Fabriken hat die KMWU-Ortsgruppe der prekär Beschäftigten von Hyundai Steel das Streikrecht rechtmäßig erlangt, doch die Polizei hat unter dem Vorwand, die Ausbreitung von Covid-19 zu bekämpfen, den Ort der Streikkundgebung vor dem Stahlwerk mit Dutzenden von Polizeibussen abgeriegelt.

Hyundai Steel sollte das Gerichtsurteil akzeptieren, das die direkte Beschäftigung seiner Leiharbeiter vorschreibt, und die prekär Beschäftigten bei Hyundai Steel direkt einstellen. Stattdessen weigert sich Hyundai Steel jedoch weiterhin, Tarifverhandlungen zu führen,

und droht den Leiharbeitern mit Entlassung, falls sie nicht einer indirekten Beschäftigung bei einer neu gegründeten Tochtergesellschaft namens ITC zustimmen und vertraglich auf die wirtschaftlichen Ansprüche und Rechte auf eine direkte Beschäftigung bei Hyundai Steel verzichten. Darüber hinaus verklagt Hyundai Steel 180 prekär Beschäftigte auf 20,0 Mrd. KRW (ca. 17,2 Mio. USD) an angeblichen Verlusten für die ersten 9 Tage des laufenden Streiks.

Selbst nach der Kerzenrevolution von 2017, die die damalige Regierung zu Fall brachte, und nach der Ratifizierung der IAO-Übereinkommen 87 und 98 durch die südkoreanische Regierung infolge des ersten Handelskonflikts über Arbeitsrechte im Rahmen des Kapitels «Nachhaltige Entwicklung» des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Korea bleibt das Umfeld für Gewerkschaften und Vereinigungsfreiheit in Korea sehr schwierig.

IndustriALL fordert die Freilassung des KCTU-Präsidenten YANG und appelliert an die südkoreanische Regierung, das harte Durchgreifen gegen die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit unverzüglich einzustellen. Um die südkoreanischen Gewerkschaften im Kampf gegen Unternehmen, die Arbeitnehmerrechte missachten, zu unterstützen und ein System einzuführen, das die grundlegenden Erwartungen an das Recht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit erfüllt, werden IndustriALL und ihre Mitgliedsorganisationen:

- den Generalstreik des KCTU am 20. Oktober unterstützen und für eine Reform des Arbeitsrechts, für grundlegende Gewerkschaftsrechte und die Abschaffung prekärer Arbeit, für einen gerechten Übergang und für stärkere öffentliche Dienstleistungen und sozialen Schutz kämpfen;
- fordern, dass die multinationalen Unternehmen die Vereinigungsfreiheit respektieren, und Solidarität mobilisieren, um Gewerkschafts- und Arbeitsrechte zu verteidigen, Drohungen und Repressionen von Unternehmen entgegenzuwirken und die überbetrieblichen Tarifverhandlungen in Korea zu verbessern;
- die völkerrechtlichen Verpflichtungen Koreas im Bereich der Arbeitnehmer- und Menschenrechte – IAO-Übereinkommen 87 und 98, internationale Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen, Verpflichtungen im Rahmen der OECD-Leitsätze für MNU – vollständig in Recht und Praxis umzusetzen, und fordern, dass die Regierungen weltweit gegebenenfalls unter Nutzung der diplomatischen und Handelsbeziehungen entsprechenden Druck auf die südkoreanische Regierung ausüben.

